



Schader Stiftung

Dokumentation des Workshops
**Selbstbild und urbanes Potential: Wie Städte
neue Wege gehen**
17. Oktober 2019, Schader-Forum Darmstadt

Redaktion: apl. Prof. Dr. Björn Egner und Dr. Tobias Robischon

Inhalt

Selbstbild und urbanes Potential: Wie Städte neue Wege gehen	2
Programm des Workshops „Selbstbild und urbanes Potential: Wie Städte neue Wege gehen“ 17. Oktober 2019, Schader-Forum Darmstadt	3
Wie Städte neue Wege gehen: Lokale Diskurse als Bedingungen von Innovationen. Ein Bericht Von Max Kayser und Melina Lehning	4
Der Blick auf die Vergangenheit und Zukunft im stadtspezifischen Kontext – Selbstverständnis, Image und Außenwahrnehmung	5
Reaktionsmuster auf Herausforderungen: Zwischen Verweigerern und Vorreitern – Neubenennung und Neuordnung von Herausforderungen	6
Herausforderungen und Innovationen in Städten	7
Lokale Diskurse als Bedingungen von Innovationen. Zur Einführung Von Hubert Heinelt	9
Herausforderungen und Innovationen in Städten. Ein Kommentar Von Gabriela Christmann	13
Selbstbild der Städte – das Beispiel Offenbach am Main Von Matthias Schulze-Böing	17
Selbstbilder – Wahrnehmungen und Handlungsressourcen	17
Offenbach am Main- eine Stadt, verschiedene Erzählungen	17
Genauerer Hinsehen statt vorschnelle Verallgemeinerungen	21
Der Umgang mit Innovationen in griechischen Städten Von Nikos Hlepas	22

Selbstbild und urbanes Potential: Wie Städte neue Wege gehen

Wie bewältigen Städte neue Herausforderungen und wie finden sie aktuelle Lösungen für altbekannte Probleme? Im Workshop „Selbstbild und urbanes Potential“ ging es um die Frage, wie lokale Akteure ein Verständnis der Handlungschancen und -hindernisse in ihrer jeweiligen Stadt entwickeln können, um so innovative Lösungen für lokale Herausforderungen zu finden.

Städte stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Einige davon sind altbekannt, erfordern aber immer wieder neue Antworten – wie etwa die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft oder die Bewältigung des demographischen Wandels. Diese sich dauerhaft stellenden Herausforderungen können nicht mit den immer gleichen Konzepten bearbeitet werden, die Antworten müssen angepasst sein an sich ändernde lokale und zeitliche Gegebenheiten. Darüber hinaus verlangen vielfältige neue Herausforderungen Antworten, z.B. die Wohnraumversorgung in Wachstumsstädten, Maßnahmen lokaler Umweltpolitik oder Veränderungen im Verkehrssektor.

Neue Antworten, die eine Verbesserung der Lage versprechen, werden häufig unter dem Begriff „Innovationen“ gefasst. In Wissenschaft und Praxis wird intensiv darüber diskutiert, wie und unter welchen Bedingungen innovative Lösungen entstehen. Relevante externe Bedingungen sind etwa die geographische Lage, aber auch die nach Bundesländern unterschiedlich ausfallenden Kompetenzen und fiskalischen Kapazitäten von lokalen Gebietskörperschaften. Die Struktur der lokalen Wirtschaft, die Haushaltssituation der Kommune und die Sozialstruktur der Bevölkerung sowie die vorhandenen lokalen Netzwerke und Akteurskonstellationen werden als wichtige interne Bedingungen betrachtet.

Allerdings führen vermeintlich günstige oder ungünstige Rahmenbedingungen nicht automatisch zu den erwarteten Ergebnissen. Die internen und externen Bedingungen können daher das Auftreten oder Ausbleiben von Innovationen an sich nicht erklären. Offenbar kommt es vielmehr auf das Selbstbild der lokale Akteure an, also auf ihr Verständnis dafür, welche Möglichkeiten sie haben, was sie erreichen können – und zwar wie und mit wem.

Der Workshop „Selbstbild und urbanes Potential“ ging der praktischen Bedeutung solcher „Entwicklungsnarrative“ nach und fragt danach, ob und wie weit das jeweilige Selbstbild einer Stadt und damit ihr urbanes Potential beeinflussbar sind. Dabei wurde über wissenschaftliche Fallstudien der Städte Bensheim, Frankfurt am Main, Leipzig, Kassel und Offenbach berichtet und mit Praktikern aus den Städten diskutiert.

- Wie werden innerhalb einer Stadt Herausforderungen und Innovationen begriffen?
- Welches Verständnis von Handlungsmöglichkeiten und -zielen liegt örtlichen Innovationen zugrunde?
- Was sind stadt-spezifisch günstige Konstellationen für die Bewältigung lokaler Herausforderungen?
- Wo liegen Grenzen und Gefährdungspotentiale des Erreichten?

Die Verantwortung für das Programm lag bei apl. Prof. Dr. Björn Egner, TU Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft sowie Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Programm des Workshops „Selbstbild und urbanes Potential: Wie Städte neue Wege gehen“

Donnerstag, 17. Oktober 2019, Schader-Forum Darmstadt

11:00 - 11:15 Uhr	Begrüßung <i>Dr. Christof Eichert</i> , Schader-Stiftung <i>apl. Prof. Dr. Björn Egner</i> , Technische Universität Darmstadt
11:15 – 11:45 Uhr	Einführung: Lokale Diskurse als Bedingungen von Innovationen <i>Prof. Dr. Hubert Heinelt</i> , Technische Universität Darmstadt.
11:45 - 12:45 Uhr	Podiumsgespräche: Der Blick auf die Vergangenheit und Zukunft im stadt-spezifischen Kontext / Selbstverständnis, Image und Außenwahrnehmung
12:45 - 13:45 Uhr	Mittagspause
13:45 - 14:45 Uhr	Podiumsgespräche: Reaktionsmuster auf Herausforderungen: Zwischen Verweigerern und Vorreitern / Neubenennung und Neuordnung von Herausforderungen
14:45 – 15:30 Uhr	Herausforderungen und Innovationen in Städten <i>Prof. Dr. Gabriela Christmann</i> , Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner <i>Alexander Rudnick</i> , Alexander Rudnick Consultants, Hannover Gemeinsame Diskussion
15:30 – 16:00 Uhr	Der Umgang mit Herausforderungen in griechischen Städten <i>Prof. Dr. Nikolaos Hlepas</i> , Universität Athen
16:00 Uhr	Verabschiedung

Die Gesprächspartner in den Podiumsrunden waren :

- *Tim Elschner*, Stadtrat der Stadt Leipzig, Stadtentwicklungs- und verwaltungspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bürgerbeteiligung und Transparenz der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
- *Dr. Gerold Kreuter*, Science Park Kassel GmbH und FiDT Technologie- und Gründerzentrum Kassel (erkrankt)
- *Helmut Sachwitz*, Erster Stadtrat und Baudezernent der Stadt Bensheim
- *Dr. Matthias Schulze-Böing*, Amtsleiter für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach / Geschäftsführer von MainArbeit – Kommunales Jobcenter Offenbach
- *Prof. Dr. Kai Vöckler*, Hochschule für Gestaltung (HfG) Offenbach

Wie Städte neue Wege gehen: Lokale Diskurse als Bedingungen von Innovationen. Ein Bericht

Von Max Kayser und Melina Lehning

Die Frage, wie Städte neuen sowie altbekannten Herausforderungen begegnen, ist für lokale Politik stets von großem Interesse. Dies zeigt sich nicht zuletzt anhand der großen Zahl an Teilnehmenden dieser Veranstaltung. Eine klare, allgemeingültige Antwort auf diese Frage gibt es jedoch nicht. Dies wurde bereits in der Begrüßung durch die Moderatoren Dr. Christof Eichert als Vorstandsmitglieder der Schader-Stiftung und apl. Prof. Dr. Björn Egner als einem der Leiter des unten genannten CICI-Forschungsprojektes deutlich, welche die Veranstaltung mit der Erläuterung des Ziels eröffneten, einen Wissensaustausch und die Reflektion erster Forschungsergebnisse zu ermöglichen.

Grundlage des Workshops waren erste Ergebnisse des Forschungsprojektes „Conditions for Institutional and Cultural Innovations in German and Greek cities“ (CICI) der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Athen, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem griechischen Ministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Das Projekt untersucht, wie fünf deutsche sowie fünf griechische Städte Innovationen vorangetrieben haben. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Bedeutung lokaler Diskurse, durch die lokale Akteure Möglichkeiten und Bedingungen von Innovationen in ihrer Stadt identifiziert und genutzt haben. Bei dem Workshop im Forum der Schader Stiftung wurden Praktiker aus den deutschen Fallstudienstädten eingeladen, ihre Sicht auf die Städte darzustellen und die ersten Forschungsergebnisse zu diskutieren.

Das und wie lokale Diskurse für Innovationen bedeutsam sind, erläuterte Prof. Dr. Hubert Heinelt in seiner kurzen Einführung. Voraussetzungen für Innovationen sind nicht nur strukturelle Bedingungen wie etwa eine entwickelte Verkehrsinfrastruktur oder Forschungs- und Hochschuleinrichtungen. Entscheidend, so Heinelt, sei vielmehr eine Verständigung innerhalb der Stadtgesellschaft darüber, welche Innovationen als realisierbar und auch für sozial angemessen erachtet werden. Dies sei nicht zuletzt deshalb relevant, weil Innovationen immer ein gewisses Risiko des Scheiterns mit sich bringen. Dieses Risiko würde reduziert, wenn ein Grundkonsens in der Stadtgesellschaft darüber vorherrsche, was machbar und sinnvoll ist. Dies minimiere die Gefahr von Schuldzuweisungen im Falle eines ausbleibenden Erfolgs von Innovationen. Ein Kampf um die besten Ideen (ein „struggle over ideas“) sei folglich nicht nur ein wesentliches Merkmal lokaler Politik, sondern eine Grundlage von Innovationen. Die Wirkung erfolgreicher Innovationen nach innen ist nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Stiftung einer lokalen Identität bedeutsam, die sich häufig in der Abgrenzung zu anderen Städten niederschlägt. Zudem können erfolgreiche Innovationen für ein Stadtmarketing eingesetzt werden.

Wenn Innovationen in Städten von einer Verständigung innerhalb der Stadtgesellschaft darüber abhängen, welche Innovationen als realisierbar und auch für sozial angemessen erachtet werden, dann ist es für die Forschung wenig hilfreich, Innovationen abstrakt zu definieren. Es kommt vielmehr darauf an, was im Kontext einer Stadt als Innovation gilt. Wie unterschiedlich diese lokale Bewertung ausfällt, zeigt sich etwa an Maßnahmen, die in Griechenland als Innovationen definiert werden, aber in Deutschland als selbstverständlich gelten.

Der Blick auf die Vergangenheit und Zukunft im stadtspezifischen Kontext – Selbstverständnis, Image und Außenwahrnehmung

Im anschließenden Podiumsgespräch stand der Blick auf die Vergangenheit und Zukunft im stadtspezifischen Kontext im Mittelpunkt. Dabei stellten Praktiker aus den deutschen Fallstudienstädten das Selbstverständnis, das Image und die Außenwahrnehmung dar, welche die jeweilige Stadt prägen. Zudem ging es auch um die Frage, wie die Stadt von außen gesehen werden möchte.

Tim Elschner, ein Mitglied des Leipziger Stadtrates, beschrieb zunächst sein Bild von Leipzig bei seiner Ankunft in der Stadt und seine jetzige Wahrnehmung. Seinem ersten Eindruck zufolge ist Leipzig grün, architektonisch interessant, offen und freundlich. Dieses Bild hat sich im Laufe der Jahre bestätigt und es kamen weitere Aspekte hinzu, die für ihn die Leipziger ausmachen. Denn auch wenn er dies zunächst nicht feststellen konnte, zeigt sich seiner Ansicht nach, dass in Leipzig eine wache Stadtgesellschaft existiert. Die Bürgerinnen und Bürger Leipzigs mögen, dass ihre Stadt als weltoffene Bürgerstadt in der Tradition der friedlichen Revolution wahrgenommen wird. Die Abgrenzung zum „Osten“, dabei allen voran zu Dresden, spielt in diesem Kontext auch eine bedeutende Rolle.

Bensheim lässt sich durch andere Merkmale charakterisieren. Die Stadt, welche sich als größte Stadt des Kreises Bergstraße zwischen den Ballungsgebieten Rhein-Main und Rhein-Neckar befindet, weist zwar ebenfalls eine offene Stadtgesellschaft auf. Dennoch, so der frühere erste Stadtrat und Planungsdezernent der Stadt Bensheim, Helmut Sachwitz, lässt sich innerhalb der Bevölkerung eine Trennung zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen ausmachen. Es braucht eine Zeit, bis auch die Zugezogenen als Bürgerinnen und Bürger der Stadt wahrgenommen werden – und dies obwohl Zugezogene seit jeher die Stadt prägen und mit neuen Ideen bereichern. Zu den Zugezogenen zählen nicht zuletzt Beschäftigte ortsansässiger High-Tech-Unternehmen, wie TE Connectivity oder Dentsplay Sirona, die für Bensheim als ökonomisch starken Wirtschaftsstandort stehen. Die Lage an der Bergstraße, welche auch als „Deutsche Riviera“ bezeichnet wird, bestimmt die Wahrnehmung der Stadtgesellschaft. Denn in Bensheim zu leben bedeutet dort zu leben, wo andere Urlaub machen – wie Herr Sachwitz betonte.

Mit anderen Herausforderungen sieht sich die Stadt Offenbach konfrontiert. Dr. Matthias Schulze-Böing, Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Offenbacher Stadtverwaltung, erläuterte zunächst die Entwicklung Offenbachs zu einer Industriestadt. Das damit verbundene historisch gewachsene Selbstbild sei bis nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen geblieben. Wesentlicher Bestandteil dieses Selbstbildes ist die Zuwanderung, welche auch heute noch das Image der Stadt vor allem von außen prägen und das ohne die Industrie nicht entstanden wäre. Zugleich werde Offenbach wegen der Verwaltungsreform der 1990er Jahre als „Leuchtturm“ in Deutschland bezeichnet. Neuerdings bezeichne sich die Stadt als „arrival city“, was durchweg positiv aufgefasst werde, so Prof. Dr. Kai Vöckler von der Hochschule für Gestaltung (HfG) Offenbach. Die hohe Fluktuation innerhalb der Bevölkerung verhindere jedoch die Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement in der Stadt. Zwar habe die Stadt früh erkannt, dass sie Integration kann und versucht dies zu nutzen. Allerdings verwies Prof. Vöckler gleichzeitig darauf, dass sich diese Eigenschaft für die Stadt aus ökonomischer Perspektive nicht auszahlt, wenn die in die Stadt gezogenen Neubürgerinnen und Neubürger nicht in der Stadt bleiben. Das durch den starken Zuzug entstehende Außenbild einer „Zuwanderungsstadt“ erschwere es zugleich, einen attraktiven Anreiz für Unternehmen und Kreative zu schaffen, die sich in Offenbach niederlassen wollten. Die Hochschule für Gestaltung (HfG) versuche in Anlehnung an das Narrativ der „arrival city“ Offenbach nach außen auch als „International City“ zu charakterisieren.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass eine Stadt durch die Kommunikation eines starken Selbstbewusstseins nach außen ihre Bürgerschaft aktivieren kann. Die Diskussion der Frage, ob Offenbach dabei sei, aktiv an seine positiv besetzte Vergangenheit als Industriestadt anzuknüpfen, machte allerdings deutlich, dass semantische oder symbolische Bezüge an das historische Narrativ angedacht sind, ein richtiges „Revival“ jedoch nicht möglich sei. Die Stadt versuche in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung die Ansiedlung von Unternehmen und Beschäftigten im Bereich wissensbasierter Technologien zu fördern. Allerdings könne die Hochschule aufgrund ihrer eingeschränkten Größe entscheidende Veränderungen nicht alleine vorantreiben. Hierzu bedürfe es der Unterstützung von innen, in erster Linie durch die Stadt, sowie von außen durch ein sich wandelndes Image.

Reaktionsmuster auf Herausforderungen: Zwischen Verweigerern und Vorreitern – Neubenennung und Neuordnung von Herausforderungen

Im zweiten Teil des Workshops diskutierten die Teilnehmer, wie Städte auf Herausforderungen reagieren können und welche Strategien sie aus der eigenen Praxis heraus entwickelt haben. Auch hier nahm das Selbstbild einer Stadt sowie die Wahrnehmung externer Beobachter eine wichtige Rolle ein. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob das eigene Selbstbild Innovationen fördern oder behindern kann.

Über Leipzig berichtete Herr Elschner, dass das Bild einer aktiven und rasch handelnden Verwaltung, welches die Selbstwahrnehmung der Stadt der 2000er Jahre geprägt hatte, nicht mehr aktuell sei. Zwar könne man die Bürgergesellschaft in Leipzig weiterhin als sehr aktiv beschreiben. Die Ideen aus der Zivilgesellschaft würden jedoch inzwischen zu selten gehört. Daher forderte Herr Elschner eine Neujustierung des Dialogs zwischen Politik, Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürger in Leipzig. Man müsse nach der Aufbruchsstimmung der Wendezeit überlegen, wie sich eine nachhaltige Stadtentwicklung gestalten ließe. Dies bezog er auf zwei konkrete Herausforderungen, nämlich auf die Gestaltung der städtischen Flächen sowie die Attrahierung von Arbeitsplätzen in der Stadt. Leipzig sei gerade mitten im Prozess, den städtischen Wandel mit einem geänderten Selbstbild in Einklang zu bringen.

Während der Wandel in Leipzig im Mittelpunkt des Interesses steht, ist im Falle von Bensheim der Begriff der Kontinuität prägend. Die Frage, wie das eigene Selbstbild die Stadtentwicklung beeinflusst, hat die Stadt Bensheim bereits früh für sich beantwortet und die Qualität des Wachstums in den Vordergrund gestellt, wie Herr Sachwitz betonte. Dies bedeute für die Stadt, dass bestimmte Branchen mit hohem Flächenverbrauch und gleichzeitig wenigen Arbeitsplätzen nicht in Bensheim angesiedelt werden. Hierzu zählen beispielsweise Logistikunternehmen oder auch großflächiger Einzelhandel. Wie Herr Sachwitz berichtete, herrsche in der Stadt ein parteiübergreifender Konsens, dass die Lebensqualität der Stadt erhalten werden solle und derartige Ansiedlungen sich negativ auswirken würden.

Vor ganz anderen Herausforderungen steht hingegen die Stadt Offenbach. Herr Dr. Schulze-Böing und Herr Prof. Dr. Kai Vöckler zeigten sich insofern einig, als dass sie beide betonten, dass Lösungen nur dann gelingen könnten, wenn die Vielschichtigkeit eines Problems anerkannt würde. In Offenbach müssten viele Faktoren zusammen auftreten, um positive Entwicklungen weiter zu verstetigen. Das neue Selbstbewusstsein und Selbstbild der Stadt könne dabei helfen. Aber auch die gewachsenen Strukturen und Kooperationen in der Stadt ließen sich als sinnvoller Ausgangspunkt für weitere

Projekte nutzen. Als jüngste positive Beispiele in der Stadtentwicklung wurden der Hafen in Offenbach und der Masterplan Offenbach 2030 genannt, die das Zusammenwirken von Selbstbild und konkreten Handlungskapazitäten unterstrichen.

In der anschließenden Diskussion wurden Varianten des Zusammenspiels von Narration und konkretem Handeln beleuchtet. Es wurde deutlich, dass die mit den Selbstbildern und Narrativen verbundenen impliziten Versprechen durch städtische Politik und Verwaltung auch eingelöst werden müssten. Eine Erzählung kann das Handeln unterstützend begleiten, aber nie ersetzen. Die verschiedenen Diskutanten äußern dabei den Wunsch einer transparent kommunizierenden Verwaltung, welche versucht, bei Entscheidungsprozessen die Bürgerinnen und Bürger „mitzunehmen“. Gleichzeitig wünschte man sich weniger parteipolitisches Kalkül bei der Suche nach neuen Lösungen. Schließlich appellierten einige Diskussionsteilnehmerinnen und Diskussionsteilnehmer an die städtische Zivilgesellschaft, bei der Gestaltung der Stadt positiv mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen.

Herausforderungen und Innovationen in Städten

Im Anschluss an die Diskussionsrunde kommentierten Prof. Dr. Gabriela Christmann vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung und Alexander Rudnick von Alexander Rudnick Consultants das Forschungsprojekt „CICI“ aus wissenschaftlicher Perspektive sowie aus der Sicht eines Praktikers, der in der Beratung von Kommunen tätig ist. Frau Christmann beleuchtete hierbei insbesondere den Stellenwert soziokultureller Faktoren bei der Analyse lokaler Gesellschaften. Im Hinblick auf das Projekt könne es sinnvoll sein, die Analyse weiter zu fassen und sich zusätzlich zu den lokalen Diskursen mit den dahinterstehenden Akteuren und Netzwerken auseinanderzusetzen. Alexander Rudnick ergänzte diese Sichtweise, indem er anhand bereits realisierter Projekte mögliche Hürden auf der Akteursebene bei der Etablierung von Innovationen aufzeigte. Wichtig sei es, den Partizipations- und Planungsprozess mit denjenigen Bewohnerinnen und Bewohnern in einer Stadt zu führen, welche sich aktiv in die jeweiligen Maßnahmen einbringen wollen. Dabei müsse allerdings allen Beteiligten entscheidungsrelevante Informationen bereitgestellt werden, um eine für den individuellen Fall bestmögliche Strategie im Umgang mit Innovationen und Veränderungen zu entwickeln.

Im letzten Teil des Workshops gab Prof. Dr. Nikolaos Hlepas von der Universität Athen einen Einblick in die griechische Seite des Projektes. Prof. Dr. Hlepas zeigte anhand des Fallbeispiels Athen, vor welchen vielfältigen Herausforderungen die Stadt steht und welche Wege die Athener Stadtverwaltung und die Bürgerinnen und Bürger der Stadt gefunden haben, um mit diesen Herausforderungen umzugehen. Dabei wurde deutlich, dass digitale Plattformen zivilgesellschaftliche Akteure „jenseits des Staates“ vernetzen und gleichzeitig neue Lösungen für bestehende Probleme bereitstellen können. So konnte die Stadt mit den gewaltigen Herausforderungen umgehen, die durch Migration und Kürzungen im Zuge der Austeritätspolitik entstanden waren.

Im Rahmen der Veranstaltung ist deutlich geworden, dass städtische Herausforderungen und Probleme meist vielschichtig sind, sich jedoch auch Muster in ihrer Bewältigung durch lokale Akteure abzeichnen. In vielen Fällen wurden die Bildung von Netzwerken und der Gedanke der Kooperation genannt. Diese gelten vielerorts als Voraussetzung für die Umsetzung von neuen Leitideen oder Strategien. Diese Voraussetzungen wurden insbesondere vor dem Hintergrund der Glaubwürdigkeit von Narrativen betont, denn letztere müssen durch konkrete Handlungen für die Bürgerinnen und

Bürger sichtbar gemacht werden. Narrative verlieren an Glaubwürdigkeit und Strahlkraft, wenn sie keine realen Bezüge aufweisen. In diesem Sinne soll die weitere Forschung im Projekt die Verbindung zwischen strukturierenden Narrativen, konkretem Handeln und Innovationen offenlegen und so für interessierte Praktiker, Bürgerinnen und Bürger sowie Forschende sichtbar machen.

Zu den Autoren:

Max Kayser und Melina Lehning sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt und im deutsch-griechischen Forschungsprojekt „Conditions for Institutional and Cultural Innovation in German and Greek cities“ tätig.

Lokale Diskurse als Bedingungen von Innovationen. Zur Einführung

Von Hubert Heinelt

Das Forschungsprojekt "Conditions for Institutional and Cultural Innovation in German and Greek cities" (kurz: CICI) setzt sich mit der Frage auseinander, warum es einige Städte schaffen, Innovationspotentiale zu mobilisieren, um Herausforderungen wie den demographischen Wandel oder die Ansiedlung von Wachstumsbranchen zu bewältigen. Untersucht werden dabei fünf deutsche und fünf griechische Städte.

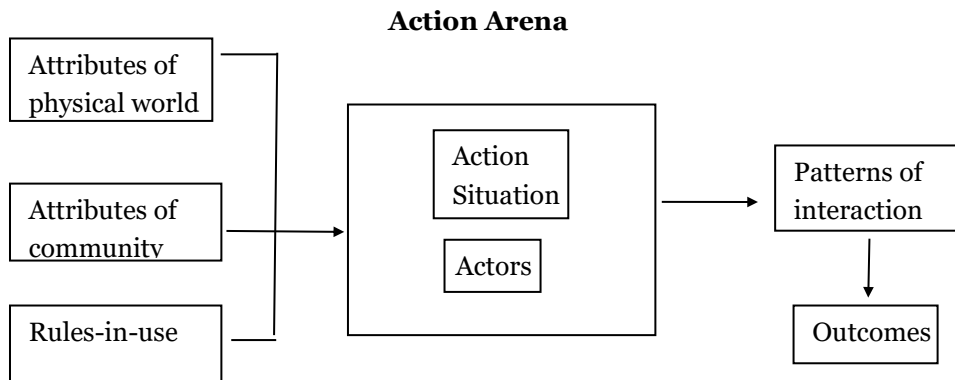
Für die Beantwortung dieser Frage wäre eigentlich ein Vergleich von Städten sinnvoll gewesen, bei denen von ähnlichen Voraussetzungen ausgegangen werden könnte (etwa weil sie räumlich dicht beieinanderliegen), die aber deutliche Unterschiede in ihren Fähigkeiten aufweisen, Innovationen in Gang zu setzen und voranzutreiben. Da aber das Projekt von deutscher Seite vom Bundesforschungsministerium und von griechischer Seite vom Ministerium für Bildung und Forschung finanziert wird, ist dieser Zugang zum Thema nicht möglich, denn welche Ministeriumsspitze möchte sich von örtlichen Parteifreunden schon sagen lassen, dass mit ihrer Zustimmung ein wissenschaftlicher Nachweis der Unfähigkeit örtlicher Entscheidungsträger finanziert wird. Wir haben uns deswegen auf Erfolgsfälle konzentriert – nämlich in Deutschland auf

- Bensheim, eine wachsende kleinere Stadt in Südhessen mit international agierenden Unternehmen und einer einkommensstarken in Kultur und im Sozialem engagierten Einwohnerschaft,
- Frankfurt am Main, das nicht nur als Finanzzentrum ökonomische Entwicklungsstärke zeigt, sondern seit Jahren innovative Wege in der Drogenpolitik, in der Ausländerintegration, in der Entwicklung und im Schutz innerstädtischer Grünflächen (den „GrünGürtel“) und in der lokalen Klimapolitik geht,
- Leipzig als einem ökonomisch und zivilgesellschaftlich dynamischen Zentrum in Ostdeutschland,
- Kassel, das sich ökonomisch und kulturell in den letzten drei Jahrzehnten bemerkenswert entwickelt hat, und
- Offenbach, das als „Problemfall“ im prosperierenden Rhein-Main-Gebiet gilt, aber gleichwohl in den letzten Jahren beherzt neue Perspektiven der Stadtentwicklung verfolgt.

Die ausgewählten Fälle werden sowohl von kommunalen und gesellschaftlichen Akteuren in diesen Städten als auch in wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten in Deutschland bzw. Griechenland als innovative Städte wahrgenommen.

Gerade wegen des Vergleichs von deutschen und griechischen Städten erschien es ratsam, Innovation nicht in einem abstrakten Sinne zu definieren. Stattdessen ist der Begriff auf das bezogen worden, was im jeweiligen spezifischen Fall (je Stadt und ggf. je Land) unter Innovation verstanden wird. Das ein dieses Vorgehen sinnvoll ist, wird am Beispiel von Vereinen deutlich, die in Deutschland seit den 1980er Jahren unter dem Namen „Bürgerhilfe“ verbreitet sind. Bei ihnen werden Hilfeleistungen für andere in Stunden „gutgeschrieben“, die bei eigenem Bedarf gegen Hilfeleistungen anderer Vereinsmitglieder eingelöst werden können. In Griechenland haben sich ähnliche Strukturen gegenseitiger Hilfen seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise unter dem Namen „time banking“ herausgebildet, die dort als sozialpolitische Innovation gelten.

Der konzeptionelle Zugang zu der aufgeworfenen Fragestellung lässt sich anhand des folgenden Schaubilds verdeutlichen, dass von der Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom stammt.



Quelle: Eigene Bearbeitung von Ostrom et al. 1994: 37.

Wenn Akteure darüber zu entscheiden haben, ob und welche Innovationen wie möglich sind, befinden sie sich in einer Handlungssituation („action situation“). Diese findet nicht irgendwo statt, sondern in einer bestimmten Handlungsarena („action arena“), die durch bestimmte Kontextbedingungen charakterisiert ist – nämlich sowohl spezifische Bedingungen der physischen und sozialen Umwelt („attributes of the physical world“ und „attributes of the community“) als auch institutionelle Regeln („rules in use“). Akteure müssen ein Verständnis darüber entwickeln, welche Handlungsmöglichkeiten – etwa im Hinblick auf bestimmte Innovationen – ihnen diese Kontextbedingungen bieten. Das kann jeder Akteur für sich tun; für politische Entscheidungen sind jedoch Verständigungsprozesse zwischen denen notwendig, die sie zu treffen haben. Es kommt folglich auf kommunikative Interaktion an, die auf die Identifizierung von Handlungsmöglichkeiten und -grenzen hinauslaufen. Das Forschungsprojekt geht anhand der ausgewählten Städte empirisch kommunikativen Mechanismen nach, die in kommunikativer Interaktion wirksam gewesen sind und zur Verständigung über Innovationsmöglichkeiten geführt haben.

- Ein solcher kommunikativer Mechanismus ist der in Debatten häufig auftretende **Vergleich mit anderen Städten**, der dazu führen kann, die in ihnen beobachteten Innovationen zu imitieren, ihnen nachzueifern und sie zu übertreffen – oder auch abzulehnen – nach dem Motto: „So wie, die machen wir es nie und nimmer!“
- Ein anderer kommunikativer Mechanismus kommt ins Spiel, wenn versucht wird, einen **Bezugspunkt für zukünftige Aktivitäten** (in unserem Fall: Innovationen) zu finden. Dies kann mit dem Verweis auf anerkannte Experten geschehen, aber auch durch (breit angelegten) argumentativen Austausch in einer Stadt, aus dem sich eine bestimmte Vorstellung vom Machbaren und Wünschbaren als vorherrschend durchsetzt.
- Ist ein solcher Bezugspunkt für zukünftige Aktivitäten bzw. eine bestimmte Vorstellung vom Machbaren und Wünschbaren gefunden, kann darauf in **kommunikativer Interaktion** verwiesen werden. Durch diesen verbreiteten kommunikativen Mechanismus wird häufig sehr wirksam situativ auftretender Widerspruch aus dem Weg geräumt – etwa mit dem Verweis darauf, dass das doch schon längst geklärt sei und unklar sei, warum Debatten über das Geklärte wieder in Gang gesetzt werden sollten.
- Deutlicher ist dies noch beim kommunikativen Mechanismus der **„Immunsierung“**. Damit ist gemeint, dass eine bislang geltende Vorstellung dessen, was sinnvollerweise erreicht und getan werden sollte, vor anderen Vorstellungen geschützt (immunisiert) wird. Dies geschieht häufig

gerade bei Innovationen dadurch, dass auf eine Vorreiter- oder Vorbildrolle für andere verwiesen wird, die nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte. Ähnlich wirksam im Hinblick auf eine Immunisierung entwickelter (innovativer) Projekte kann der Verweis auf bislang dafür getätigte Investitionen sein, die nicht in Frage zu stellen seien. Außerdem kann geläufige innovative Praxis dadurch immunisiert werden, dass man sich andere Innovationen (in Anbetracht der Haushaltslage) nicht leisten könne.

- Und schließlich stellt das **Umeticketieren** (das „issue relabeling“) von Maßnahmen ein kommunikativer Mechanismus dar. Er besteht darin, dass bei Aktivitäten, die mit den etablierten Innovationen eigentlich nichts zu tun haben, darauf verwiesen wird, dass sie zu diesen Innovationen einen Beitrag leisten. Dies gilt etwa für kulturellen Aktivitäten oder Einrichtungen, die (als „weiche“ Standortfaktoren) einen Beitrag zu einer innovativen Ausrichtung der lokalen Wirtschaftsförderung leisten. Gleiches kann für Kindergärten gelten, die dazu beitragen, dass eine Stadt attraktiv für junge Familien gut ausgebildeter Personen wird und damit die von innovativen ortsansässigen Unternehmen nachgefragten Arbeitskräfte anziehen.

Diese kommunikativen Mechanismen lassen sich jedoch nicht in jeder Stadt umstandslos anwenden – auch wenn sich erwiesen hat, dass sie anderenorts im Hinblick auf die Durchsetzung und die Sicherung von Innovationen erfolgreich waren. Entscheidend ist vielmehr, dass diese Mechanismen an örtliche vorherrschende Erzählung (Narrative) über die jeweilige Stadt anschlussfähig sein müssen bzw. anschließen müssen. Diese Erzählungen bringen ein bestimmtes Selbstbild der Stadt bzw. der Einwohnerinnen und Einwohner von der Stadt zum Ausdruck – und damit einen wesentlichen Aspekt lokaler Identität. Um als Erzählung überzeugend zu sein (zumindest für diejenigen, die sie sich gegenseitig erzählen), müssen sie eine „roten Faden“ (eine bestimmte „story line“) aufweisen. Ein „roter Faden“ ergibt sich aus der ortsspezifischen Ausprägung von Erzählmustern, d.h. von Mustern, die Erzählungen eigen sind. Folgende Erzählmuster tauchen (nach eigenen empirischen Studien) fast immer auf:

- Erzählungen gewinnen an Überzeugungskraft, wenn Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Beziehung miteinander gebracht werden. Konkret: Gegenwärtige Aktivitäten, mit denen etwas Bestimmtes in der Zukunft erreicht werden soll, überzeugen dann leicht, wenn darauf verwiesen werden kann, dass das Gleiche oder Ähnliches „vor Ort“ auch in der Vergangenheit funktioniert hat – oder schon immer so war. So ist in Offenbach in den letzten Jahren eine Perspektive im Umgang mit Herausforderungen von Zuwanderung vermittelt worden, weil kommunikativ hervorgehoben wird, dass die Stadt immer schon eine „arrival city“ gewesen sei und darauf auch ihre Erfolge in der Vergangenheit beruht hätten. Kurz: Offenbach wäre nie zum Zentrum der Lederindustrie in Deutschland geworden, wenn im 17. Jahrhundert nicht die Hugenotten zugewandert wären.
- Jede Geschichte braucht Bösewichte und Helden – oder zumindest eine Erklärung, warum es Probleme gibt, die irgendjemand oder irgendwas verursacht hat (eine Schuldzuweisung), die aber auch jemand lösen kann. Werden in Geschichten nur über Probleme und ihre Ursachen erzählt, nicht aber auch über Lösungsperspektiven, gibt es keine Innovationen. Es herrscht dann vielmehr bestenfalls das apathische Warten auf den „großen Knall“ oder den „weißen Ritter“, der alles zum Positiven wendet. Und diejenigen, die für fähig gehalten werden, Innovationen auf den Weg und Voran zu bringen, können – je nach stadtspezifischer Deutung – entweder eine lokale Führungspersönlichkeit, eine „Allianz der Macher“ oder aber auch eine breite aktive Bürgerschaft sein.

- Geschichten leben von einer Unterscheidung zwischen „wir“ und „sie“. Eine Unterscheidung zwischen „wir“ und „sie“ innerhalb der Stadtgesellschaft führt häufig zu Konflikten und Handlungsblockaden, die Innovationen abträglich sind. Förderlicher für Neuerungen, die in einer Stadt auch vorwiegend oder sogar durchweg als Verbesserung wahrgenommen werden, ist hingegen eine verbreitete Haltung, dass man als örtliche Parteien oder als Stadtgesellschaft zusammenstehen muss, um Verbesserungen durch etwas Neues zu erreichen. Das bedingt, dass einer städtischen Identität als „wir“ die anderen als „sie“ (etwa die Landes- oder Bundesregierung oder auch andere Städte) gegenübergestellt werden.

Nun hängt zwar die Wirksamkeit der zuvor umrissenen kommunikativen Mechanismen davon ab, dass sie an die örtlichen Ausprägungen der eben angesprochen Erzählmuster angepasst werden; aber durch einen geschickten Einsatz der kommunikativen Mechanismen (etwa dem Verweis auf andere und den Erfolg den diese erzielt haben) lassen sich auch etablierte Erzählungen, die ein bestimmtes Selbstbild der Stadt bzw. der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zum Ausdruck bringen, aufbrechen – und zwar um Innovationspotenziale zu erkennen, zu mobilisieren und zu stabilisieren. Das ist zumindest das zentrale Anliegen von CICI.

Zum Autor:

Prof. Dr. Hubert Heinelt war von 1997-2018 Professor für Politikwissenschaft an der TU Darmstadt und Leiter des Arbeitsbereichs „Öffentliche Verwaltung, Staatstätigkeit und Lokale Politikforschung“ am Institut für Politikwissenschaft. Seit April 2018 ist er im Ruhestand, arbeitet jedoch weiter in Forschungsprojekten des Instituts mit.

Herausforderungen und Innovationen in Städten. Ein Kommentar

Von Gabriela Christmann

Eine zentrale Grundidee des zugrundeliegenden Projekts ist eine sogenannte sozialkonstruktivistische, d.h. es wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Entstehung oder Nicht-Entstehung von innovativen Ansätzen in Städten nicht einfach als die Folge des Vorhandenseins oder Nicht-Vorhandenseins bestimmter wirtschaftlicher, kultureller, politischer und/oder sozialer Faktoren an sich angesehen werden kann, sondern dass sie erst durch die spezifischen Wahrnehmungsweisen dieser Faktoren durch die beteiligten städtischen Akteure zustande kommen können, die dann für das Handeln leitend werden müssen. Es ist also die Annahme leitend, dass ‚externe‘ Faktoren nicht einfach da sind und an sich wirken, sondern dass sie von den Akteuren erst gemeinsam verarbeitet werden müssen. Mit dem Begriff „Wahrnehmung“ ist dabei im Projekt das sozial geteilte Wissen von entsprechenden externen Faktoren gemeint und - etwas allgemeiner - auch das Wissen von Besonderheiten der Stadt als solcher. Dieses Wissen von Besonderheiten der Stadt wird im Titel dieses Workshops auch als „Selbstbild“ bezeichnet.

Aus wissenschaftlicher Sicht ist das ein Ansatz, den ich, auch so wie er hier im Projekt für den Gegenstand der Innovationen in der Stadtentwicklung entfaltet worden ist, voll und ganz teile. Es klingt für Praktikerinnen und Praktiker oft befremdlich und abstrakt, wenn Sozialwissenschaftler/-innen an der Prämisse der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit festhalten. Faktisch ist das aber keine reine Theorie! Dass Gesellschaften, und darunter auch lokale Gesellschaften, ihre eigene – spezifische – Wirklichkeit konstruieren, zeigt sich empirisch immer wieder auf frappierende Weise. Ich möchte hier nur auf Forschungen zum Klimawandel verweisen, wo dies besonders sichtbar wird. Dort zeigte sich, dass Städte mit sehr vergleichbaren geographischen und klimatologischen Bedingungen, trotz der physisch-materiellen Gemeinsamkeiten und trotz der scheinbar „objektiv gegebenen“ Gefährdungen durch den Klimawandel, dennoch sehr unterschiedliche Vulnerabilitätswahrnehmungen und darauf aufbauende Resilienzmaßnahmen entwickelt haben, die nur aus den spezifischen, sozio-kulturell geprägten, lokalen Konstruktionen der städtischen Akteure erklärbar sind. Aus wissenschaftlicher Sicht unterschreibe ich also diesen Ansatz des Projekts.

Eine weitere Grundidee des Projekts, die ich ebenfalls unterschreibe, ist die kommunikativ-konstruktivistische Annahme, die besagt, dass das lokale, sozial geteilte, Wissen in Kommunikationsprozessen entstanden ist. Der Projektansatz fokussiert dabei auf kommunikative Prozesse in Form von Diskursen. Es wird davon ausgegangen, dass sich in Diskursen lokalspezifische „Erzählmuster“ mit spezifischen Wissensordnungen herausbilden. Diese Erzählmuster haben eine gewisse Macht. Haben sie sich nämlich einmal verfestigt, können sich Akteure in ihrer Kommunikation nicht ohne weiteres unabhängig davon verhalten. Sie sind gewissermaßen in kommunikativer Hinsicht an sie gebunden.

Da es aber um die Klärung dessen geht, wie städtische Innovationen entstehen - und wie sie evtl. auch ganz praktisch befördert werden könnten -, stößt dieser spezielle kommunikationsorientierte Ansatz des Projekts meines Erachtens an Grenzen, weil er speziell auf Diskurse und diskursiv produzierte Selbstbilder von Städten ,beschränkt ist.

Was heißt es denn es für die praktische Beförderung von innovativer Stadtentwicklung, wenn man von einer solchen diskurs-orientierten Annahme ausginge? Es heißt, dass die Entstehung von innovativen Ansätzen in einer Stadt im Wesentlichen von der Konstituiertheit bestimmter Stadtdiskurse und der darin enthaltenen städtischen Selbstbilder abhängt. Es heißt auch, dass nur solche Städte innovativ sein können, die innovations-begünstigende Diskurse haben bzw. entwickeln. Das bedeutet ganz

praktisch, dass Städte, die bereits begünstigende Diskurse und Selbstbilder haben, nichts mehr zu tun hätten. Und Städte, die sie nicht haben, hätten Kommunikationsmaßnahmen zu ergreifen, die die bestehenden Diskurse und damit die Selbstbilder, die Innen- ,und vielleicht auch die Außenwahrnehmungen, verändern.

Was wäre aber, wenn nicht die Stadt bzw. die Stadtpolitik das einzige Agens für innovative Stadtentwicklung wäre, sondern andere städtische Akteure in der Stadt? Was wäre, wenn innovative Ansätze ohne - oder vielleicht auch gegen - eine Stadtpolitik angepackt werden. Und was wäre, wenn es gar kein klares, gemeinsam geteiltes Selbstbild gäbe [wie es heute Herr Schulz-Böing für Offenbach angedeutet hat?], und wenn wir es mit sehr heterogenen Stadtgesellschaften zu tun haben [worauf Herr Vöckler hingewiesen hat]?

Auf der Basis unserer langjährigen Forschungen am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner, die wir zu Entstehungsbedingungen von sogenannten sozialen Innovation in Städten und Regionen durchgeführt haben (und zwar von Innovationen, die von der Stadtpolitik, aber auch von der Stadtplanung und von der Zivilgesellschaft ausgegangen sind und manchmal auch gemeinsam angepackt worden sind), können wir bestätigen, dass die Gestaltung von Diskursen tatsächlich ein Aspekt ist. Doch greift der Diskurs-Ansatz möglicherweise zu kurz. Das kann ich deshalb so sagen, weil wir Städte, Gemeinden und Regionen erforscht haben, die innovative Ansätze unter sehr widrigen Bedingungen entwickeln konnten, die aber alles andere als günstige Diskurse im Hintergrund hatten und die auch nicht als erstes auf ihrer Agenda damit begonnen haben, ihre lokalen oder regionalen Diskurse (oder Selbstbilder) zu verändern. Das kam dort erst später, im Laufe der spezifischen innovativen Initiativen.

Was in dem heute vorgestellten Projekt, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht so explizit ausgearbeitet worden ist, und dies sind m.E. die Grenzen des Ansatzes, das ist der analytische Blick auf das gesamte kommunikative Arrangement in der kommunikativen Konstruktion von städtischer Innovation: Das ist der Blick auf die ganz konkreten Akteure der Innovation, auf die Kommunikation in heterogenen Akteurskonstellationen, auf die kommunikativen Formate für die Entwicklung neuer Ideen, auf das tatsächliche neuartige Handeln der Innovationsakteure, auch auf ihr kommunikatives Handeln jenseits der bekannten Narrative, nicht nur in einer städtischen Selbstbild-Arbeit. Im Rahmen unserer eigenen Forschungen haben wir das gesamte kommunikative Arrangement in den Blick genommen. Leitende Fragestellungen, unter anderem in dem DFG-Projekt „Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung?“ (2013-2016), waren:

- Im Rahmen welcher Kontextbedingungen, Akteurskonstellationen und (kommunikativen) Prozesse entstehen soziale Innovationen in Städten und Regionen?
- Welchen Herausforderungen sehen sich sozial-innovative Akteure dabei gegenüber?
- Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die Initiierung bzw. Beförderung von sozialen Innovationen?

Auch wenn die untersuchten innovativen Initiativen ganz unterschiedlich waren, zeigten sich in den von uns rekonstruierten Innovationsprozessen der erfolgreichen Initiativen Gemeinsamkeiten, aus denen sich gewissermaßen ein Rezept für die Initiierung von Innovationen in der Stadtentwicklung ableiten lässt:

- Unabdingbar im Innovationsprozess sind Personen, die neue Impulse und Ideen einbringen. Ein großes Potenzial für neue Impulse bzw. Ideen bieten offensichtlich Personen, die ‚Fremde‘, ‚Neu-Zugezogene‘, ‚Weltenbummler‘ oder ‚Kosmopoliten‘ sind, weil sie einen neuen Blick mitbringen und ‚Lock-in-Effekten‘ vorbeugen können. Ihnen fällt der Schritt von der Problemwahrnehmung

zur Lösungsfindung durch ein frisches Wissen von außen und aufgrund von Erfahrungen aus anderen räumlichen Kontexten oft leichter als den Einheimischen. [Das hat auch Herr Sachwitz für den Fall von Bensheim gleich zwei Mal anschaulich gemacht.]

- Gleichzeitig müssen unbedingt Einheimische und institutionell verankerte Akteure im Projekt mitwirken, weil nur durch sie eine lokale Verankerung und soziale Akzeptanz neuer Ideen und Praktiken im Lokalen sichergestellt werden kann. Sie sorgen dafür, dass das Neuartige an bekannte Strukturen anknüpft – ob sozial, kulturell, politisch oder administrativ.
- Besonders hilfreich ist es, wenn prominente lokale oder regionale Entscheidungsträger gewonnen werden können, die die Schirmherrschaft für die Initiative zu übernehmen und sie symbolisch-kommunikativ unterstützen.
- Zentral ist ferner, dass Netzwerke etabliert, d.h., dass die für das Projekt wichtigen Personen zusammengebracht werden, die gut zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen können. Dort muss der kommunikative Austausch von Wissen, Erfahrungen, Know-how systematisch organisiert werden: Kommunikationsflüsse müssen gebahnt, Wahrnehmungen von Problemen müssen ausgetauscht und verhandelt, Ideen bzw. Visionen für bessere Lösungen müssen entwickelt, innovationshemmende Blockaden müssen identifiziert und aufgebrochen werden.
- Für die Erarbeitung und Implementierung neuartiger Lösungsansätze sind neben der Auswahl geeigneter Kommunikationsformen für die Arbeit innerhalb des Netzwerks (z.B. in Form von runden Tischen, Zukunftswerkstätten, Brainstorming-Sessions, Design Thinking etc.), auch kommunikative Formate für die Außenkommunikation wichtig, z.B. für die Interaktionen mit Bürgern (in Form von Versammlungen, Festen, Aktionen, Arbeitseinsätzen), aber auch für die breitere Öffentlichkeitsarbeit (in Form einer Pressearbeit). Zu den Erfolgsfaktoren gehört also auch die Etablierung einer offenen Kommunikation über den neuartigen Lösungsansatz. Es erweist sich als zentral, sowohl im Lokalen als auch im regionalen Umfeld Vertrauen aufzubauen und soziale Akzeptanz herzustellen. Die Skepsis gegenüber dem Neuen ist manchmal sehr groß und muss überwunden werden.
- Eines ist auch deutlich geworden: für die Entwicklung innovativer Ansätze ist sehr viel Wissen erforderlich, das hereingeholt, verschnitten und lokal angepasst werden muss – auch Sach- bzw. Fachwissen. Das ist für städtische Akteure oft eine Herausforderung und muss oft professionell begleitet werden.

Abgesehen davon zeigte sich in unseren Forschungen, dass bei den jeweils beteiligten Akteuren ein ausgeprägtes intentional gerichtetes Handeln in Richtung einer Verbesserung bisheriger Praktiken vorhanden ist. Diese Verbesserungsintention ist oft durch einen öffentlich wahrgenommenen und diskursiv thematisierten Problemdruck motiviert worden. Gleichzeitig fällt indes auf, dass es den beteiligten Akteuren – wenn überhaupt, dann – nur sekundär darum ging, explizit eine „Innovation“ zu generieren. Erst später, wenn ein neuer Ansatz schon implementiert werden konnte und von außen (z.B. von Journalisten) Zuschreibungen der „Innovativität“ herangetragen worden sind, haben auch involvierte Akteure, den neuartigen Ansatz selbst als „innovativ“ bezeichnet (z.B. in Leipzig oder in Berlin im Zusammenhang mit sog. Zwischennutzungen von Branchen – Verweis auf Herrn Elschner). In der Anfangsphase ging es vielmehr darum, durch andere Praktiken eine „Verbesserung“ eines als problematisch eingestuften Zustandes und/oder einer überholten Praktik herbeizuführen.

Dies täuscht nicht darüber hinweg, dass in dem Bestreben, gezielt Verbesserungen herbeizuführen, Praktiken entstanden sind, die mit bisherigen Handlungsformen deutlich brachen und die daher als Innovationen bezeichnet werden können.

Interessant ist, dass es schon viel Innovationspraxis in Städten gibt, dass sie aber nur wenig als eine solche von städtischen Akteuren reflektiert wird. Oft sind sie sich auch nicht bewusst, dass – wenn sie etwas aus bestimmten Gründen intendiert nicht tun, was andere ohne nachzudenken tun – auch innovativ sein können, weil sie mit alten Routinen brechen (das zeigt das eindrucksvolle Beispiel von Bensheim).

Zur Autorin:

Prof. Dr. Gabriela Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ des Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner. Sie ist zugleich außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin, Fakultät VI - Planen Bauen Umwelt.

Selbstbild der Städte – das Beispiel Offenbach am Main

Von Matthias Schulze-Böing

Selbstbilder – Wahrnehmungen und Handlungsressourcen

Dass das Bild, das die Bürger von ihren eigenen Städten haben, relevant ist für das Verhältnis der Bürger zu ihrer Stadt und dass dies einen Einfluss auf die Entwicklungspfade der Städte und die „Logiken“ von kollektiven Entscheidungsprozessen haben, erscheint plausibel. Insofern ist es nachvollziehbar, wenn man in einer Forschungsperspektive versucht, solche Bilder zu beschreiben und ihren sozialen, politischen und historischen Kontext zu rekonstruieren.

Soziale Systeme, das hat die Soziologie in verschiedenster Hinsicht herausgearbeitet, beziehen sich notwendigerweise immer wieder auf sich selbst. Sie fertigen Selbstbeschreibungen an, um die Grenze zur Umwelt und zu anderen sozialen Systemen ziehen zu können und ihre internen Prozesse stabil und anschlussfähig zu halten. Dabei spielen Bilder, Metaphern und Kurzformeln eine Rolle, die etwas über die Identität eines Kollektivs und damit auch über seine Problemwahrnehmungen, Handlungsdispositionen und Handlungspotentiale aussagen. Sie sind Verkürzungen der vielschichtigen Realität, oft sogar verzerrende Vereinseitigungen und Klischees, die gleichwohl Bindungskraft und Beharrung entwickeln („Lies that bind“). Selbstbilder sind Grundlage sinnstiftender Narrative.

So ist es auch mit Bildern und Selbstbildern der Städte. Wer Hamburg etwa als Stadt des Handels und der Seefahrt sieht, Frankfurt als Stadt der Banken und Finanzen oder Duisburg als Stadt von Kohle, Stahl und schmerzhaftem Strukturwandel liegt sicher nicht ganz falsch, auch wenn diese Städte bei genauerer Betrachtung ein wesentlich differenzierteres Bild abgeben. Selbstbilder können Selbstbewusstsein und Bürgerstolz vermitteln, aber auch Resignation und Depression zementieren, je nachdem, welche Geschichte, welches Narrativ über das Selbstbild transportiert wird. Ist es eine Geschichte der Kraft, des Aufstiegs, des Neuaufbruchs oder ist es eine Geschichte des Verlusts, des Niedergangs und der Handlungslosigkeit? Ein Image wirkt nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, kann Identität stiften, Kräfte mobilisieren und Bindungen erzeugen, kann aber auch gefährliche blinde Flecken konservieren, dazu beitragen, dass Risiken nicht gesehen und Chancen verpasst werden.

Es ist eine sehr plausible Annahme, dass solche Selbstbilder und Narrative eine wichtige Rolle dabei spielen, wie in Städten Entwicklungen erlebt, wie Meinungen gebildet und politische Entscheidungen getroffen werden. Ob es so etwas wie eine „Eigenlogik der Städte“ im strengen Sinne und empirisch überprüfbar wirklich gibt, kann dabei durchaus offenbleiben. Aber es gibt ohne Zweifel einen Zusammenhang zwischen dem Image und der Selbstbeschreibung einer Stadt und den realen Prozessen in den Quartieren, den Betrieben und im politischen Raum.

Nun sollte man allerdings genau hinschauen, wenn man Selbstbilder von Städten identifiziert. Hat man es wirklich mit einem im kollektiven Bewusstsein verankerten Bild zu tun oder erliegt man kurzfristigen, medial aufgeblasenen und möglicherweise auch interessengesteuerten Konstrukten?

Offenbach am Main- eine Stadt, verschiedene Erzählungen

Wie verhält es sich nun bei der Stadt Offenbach? Es ist die Stadt mit dem höchsten Anteil Nicht-Deutscher an der Bevölkerung in Deutschland und dem höchsten Anteil von Bevölkerung mit

„Migrationshintergrund“ (knapp 40 resp. über 60 Prozent). Offenbach war und ist zugleich seit Jahrzehnten eine Stadt mit einer besonders hohen Arbeitslosen- und Armutsquote, eine Stadt mit stagnierender Arbeitsplatzentwicklung und einer zumindest im Vergleich zum übrigen Rhein-Main-Gebiet schwachen Performance der Beschäftigung am Arbeitsort, also bei den in der Stadt ansässigen Unternehmen.

Ansonsten aber ist das Bild keineswegs einheitlich. So hat, folgt man dem neuesten Städteranking der Wirtschaftswoche, Offenbach unter den Städten einen der stärksten Rückgänge bei der Zahl von Beziehern von Transferleistungen nach dem SGB II („Hartz 4“), den stärksten Zuwachs an Beschäftigten am Wohnort, mit das höchste Bevölkerungswachstum und im Hinblick auf Kriminalität und andere „Well-Being“-Indikatoren unauffällige, in der Tendenz sogar eher positive Rangplätze.

Städtebaulich galt Offenbach als Beispiel für verfehlte Stadtentwicklungskonzepte der 60er und 70er Jahre mit in gewachsene Stadtviertel hineingeschlagene Straßenschneisen, ideenlosen Betonbauten und fehlenden Proportionen der baulichen Entwicklung vor allem in der Innenstadt.

Die einseitige Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt am verarbeitenden Gewerbe wurde spätestens in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu einem entscheidenden Standortnachteil, zumal die Stadt im Bereich der traditionellen Industrie kaum Unternehmen mit großer Strahlkraft aufwies, kein Standort von Unternehmenszentralen war und nur wenig nach außen sichtbare Einheiten mit starker Forschungs- und Entwicklungsaktivität beherbergte. Die über fast hundert Jahre imageprägende Lederverarbeitungsindustrie („Lederstadt Offenbach“) mit einem tief gestaffelten Branchencluster von lederverarbeitenden Betrieben, Zulieferern, Marketing, Design, der noch immer bedeutenden Lederwarenmesse und Verbänden erwies sich im internationalen Wettbewerb als sehr verletzlich. Die Fertigung ist fast völlig aus der Region verschwunden, die verbliebenen Einheiten für Vertrieb, Marketing und Entwicklung sind für die regionale Wirtschaft inzwischen unbedeutend. Im Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft ist es für die Stadt zudem ein empfindlicher Nachteil, dass sie bis auf die – bekannte, gut reputierte, aber sehr kleine – Hochschule für Gestaltung (HfG) keine Hochschulen oder bedeutende öffentliche Forschungseinrichtungen aufweist.

Das Image von Offenbach ist noch immer sehr stark von dem hohen Ausländeranteil und einer schwachen Sozialstruktur geprägt, darüber hinaus durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung und der im Zusammenhang mit hohen Sozialaufwendungen, aber eben auch einer schwachen Steuerbasis zu sehenden prekären finanziellen Situation der Kommune mit hohem Schuldenstand und erst in den letzten Jahren nach massiven Hilfen des Landes ausgeglichenen Haushalten. Arbeitsplatzverluste, schwache Sozialstruktur und hoher Ausländeranteil galten als Syndrom von miteinander wechselwirkenden Faktoren des Niedergangs.

Wenn es so etwas wie ein Narrativ gab, das die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft bildet, war es das des „Strukturwandels“, von der traditionellen zur modernen Industrie und von der Industrie zu den Dienstleistungen. Vor allem im politischen Raum wird dieses Narrativ immer wieder bemüht, um das Paradox zu erklären, dass eine Stadt mitten in einem der dynamischsten Wirtschaftsräume Europas derart chronisch in der Krise steckt, darüber hinaus wohl auch, um glaubhaft zu machen, dass die sichtbaren Effekte des Wandels nicht durch örtliche Entscheidungen, sondern durch übergeordnete Entwicklung jenseits der Einflussphäre der lokalen Politik verursacht sind. Allerdings wird dieses Narrativ mehr und mehr brüchig. Denn von einer wirklich nachhaltigen Erholung der Wirtschaft in der Stadt ist wenig zu sehen. In der längerfristigen Betrachtung haben sich auch soziale Indikatoren wie Kaufkraft und durchschnittlich verfügbares Haushaltseinkommen eher verschlechtert.

Das Narrativ des Strukturwandels richtet zudem den Blick immer noch sehr stark auf die Vergangenheit, nämlich die verarbeitende Industrie, die das Stadtbild, die Quartiere, das Leben und den Habitus der Menschen in der Stadt über 150 Jahre hinweg geprägt hat. In der öffentlichen Wahrnehmung und in den Köpfen lokaler Eliten blieb Offenbach übrigens auch dann noch eine „Industriestadt“ und eine „Arbeiterstadt“, als die Daten der Statistik schon sehr deutlich auf eine Marginalisierung des zuvor strukturprägenden verarbeitenden Gewerbes hinwiesen.

Allerdings hat Offenbach in den letzten 30 Jahren immer wieder mit Initiativen einer aktiven Krisenbewältigung, der Sanierung der Finanzen und einer Neuausrichtung der Stadtentwicklung aufhorchen lassen, die dem Stadtimago neue Facetten hinzugefügt haben.

1. In den neunziger Jahren startete ein tatkräftiger und charismatischer Oberbürgermeister eine Strategie der Sanierung der kommunalen Finanzen verbunden mit einer damals viel beachteten Verwaltungsreform, die sich am Leitbild des „New Public Management“ orientierte. Offenbach erschien zumindest in diesem Bereich das Heft des Handelns wieder zu gewinnen. Zeitweise war sogar von einem „Modell Offenbach“ die Rede. Dies hatte, auch getragen vom Auftritt des selbstbewussten und kommunikationsstarken Oberbürgermeisters, Auswirkungen auf das Image der Stadt. Offenbach galt nun nicht nur als Verliererstadt, die wichtige Entwicklungen verpasst hatte, sondern auch als Trendsetter, der anderen Kommunen zeigte, wie man eine Stadtverwaltung schlagkräftig und effizient aufstellte. In einigen Bereichen kommunaler Aktivitäten gilt Offenbach bis heute als innovativ und beispielgebend.

2. Im Bereich der wirtschaftlichen Standortpolitik brachte die Besinnung auf das Potential der Kreativwirtschaft und der HfG als einer ihrer Kristallisationspunkte eine bedeutende neue Facette in das Selbstbild der Stadt. Eine Untersuchung des städtischen Amtes für Wirtschaftsförderung in der ersten Hälfte der „Nuller-Jahre“ zeigte, dass der Besatz mit Unternehmen der Kreativwirtschaft deutlich höher ist als in anderen Städten. Die Kreativwirtschaft wurde als bedeutendes Potential für die Bewältigung des Strukturwandels identifiziert, das mit verschiedenen kommunalen Förderansätzen, vor allem aber auch mit einer wesentlich intensiveren Kooperation zwischen Kommune und HfG systematisch gehoben werden soll. Das eher düstere Image der Industriestadt im Niedergang bekam dadurch einige kräftige farbige Tupfen, die in der Stadtöffentlichkeit, aber auch von außen deutlich wahrgenommen wurden.

In einem gewissen Sinne war die bewusste Öffnung der Stadt gegenüber der Kreativwirtschaft und allem, was man damit assoziiert, also Vielfalt, Innovation, unkonventionelle Lebensstile, Weltoffenheit usw., eine Ergänzung und Fortführung der mit der Verwaltungsreform in den neunziger Jahren begonnen „innovativen Wende“.

3. Ein dritter Entwicklungsstrang bildete sich durch den so nur von wenigen erwarteten Aufschwung der Stadt als Wohnstandort in den 2010er Jahren. Im Windschatten der dynamischen Entwicklung der Rhein-Main-Region und insbesondere Frankfurts mit starkem Bevölkerungswachstum und zunehmenden Engpässen auf dem Wohnungsmarkt wurde Offenbach für neue Bevölkerungskreise als Wohnort interessant. Es begann ein Bauboom, wie es ihn vorher allenfalls in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegeben hatte. Mit der Entwicklung des Offenbacher Hafens entstand ein überregional beachtetes Leuchtturmprojekt, das da und dort auch als Sinnbild des „neuen“ Offenbachs wahrgenommen wurde.

Wenn man versucht, diese hier kurz skizzierten Entwicklungen zusammenzufassen, wird das Wiesel-Wort des „Strukturwandels“ als einer vorgegebenen Prämisse örtlicher Politik mit neuen „Sub-Narrativen“ konkretisiert und ergänzt. Die Stadt erlebt sich nun zumindest in Teilen als agil und zukunfts zugewandt. Im regionalen Kontext wird die Stadt zunehmend als kreatives und lebenswertes „Quartier“ einer sehr stark von Frankfurt geprägten Metropolregion wahrgenommen, nicht nur von außen, sondern auch von der eigenen Bevölkerung. Dass die Strukturprobleme der Stadt nach wie vor ungelöst sind, wird allerdings weiterhin von allen Seiten sehr deutlich wahrgenommen.

Dabei wird auch der zuvor eher als Ausdruck von Standortchwäche wahrgenommenen hohe Ausländeranteil neu bewertet – nicht nur als imageschädlicher Standortnachteil, sondern auch als anregende Vielfalt, als produktives Gemisch von Kulturen und Lebensstilen, als Quelle von Talenten und unternehmerischer Dynamik. Allerdings sollte man diesen Aspekt nicht überschätzen. Denn noch immer steht der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, wie die Daten sehr deutlich zeigen, für überdurchschnittliche Armutsrisiken und niedrige verfügbare Haushaltseinkommen. Die Präsentation der Stadt als beispielhafte „Arrival City“ auf der internationalen Architekturbiennale in Venedig 2016 passte insofern zu diesem neuen Narrativ einer Stadt des Aufbruchs. Offenbach wurde hier dargestellt als eine Stadt, der – unter schwierigen Rahmenbedingungen – das gelingt, woran viele andere Städte verzweifelten, eine Stadt, der es gelingt eine hohe und steigende Zahl von Immigranten weitgehend geräuschlos und konfliktfrei zu integrieren.

Allerdings ist auch dies in der Gesamtbetrachtung nicht mehr als eine neue Facette in einem nach wie vor vom Narrativ des Strukturwandels geprägten Selbstbild. Zum einen ist der Begriff „Arrival City“ für Offenbach allenfalls teilweise zutreffend, da die Stadt neben der hohen Zuzugsrate aus dem Ausland zugleich eine hohe Fortzugsrate aufweist. Der Begriff „Gateway-City“ wäre da vielleicht treffender. Zum anderen ist diese hohe migrantisch geprägte Bevölkerungsfluktuation zu Recht immer auch als Problem wahrgenommen worden, als Verlust der Bindung zwischen Stadt und Bevölkerung, als potentielle Überlastung von Quartieren und Einrichtungen, von den Kitas bis zu den Schulen und Sozialbehörden, und als kaum zu bewältigende Aufgabe einer immer wieder neu ansetzenden und nie ans Ziel gelangenden Integrationsarbeit des Gemeinwesens. Gleichwohl hat die Präsentation der Stadt in einem so herausgehobenen Umfeld wie der Biennale durchaus auch so etwas wie einen Bürgerstolz neuer Art geweckt, nämlich darauf, diese großen Herausforderungen der Immigration ohne offene Konflikte und alles in allem „almost allright“ und erfolgreich bewältigt zu haben. Gerade in den Jahren nach der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und den darauffolgenden gesellschaftlichen Konflikten waren die Erfahrungen einer so stark von Immigration geprägten Stadt wie Offenbach plötzlich bundesweit gefragt. Viele der in anderen Städten beobachtbaren problematischen Begleiterscheinungen der Immigration waren in dieser Stadt, so schien es zumindest, zwar durchaus bekannt, aber weit weniger mit Konflikten und Handlungsblockaden verbunden. Offenbach weist zum Beispiel, gegen den Trend, eine vergleichsweise geringe und in den Tendenz eher rückläufige ethnische und soziale Segregation auf.

Vor vorschnellen Verallgemeinerungen sei aber gewarnt. Das Zeug zu einem neuen, positiv besetzten „Selbstbild“ als Stadt hat das Phänomen der Ankunftsstadt allenfalls in einigen kleineren „liberalen“ Milieus in der Stadt, in denen ethnische Vielfalt umstandslos positiv bewertet wird, nicht in breiteren Bevölkerungskreisen, die diesem Phänomen sehr oft indifferent, oft aber auch ausgesprochen skeptisch gegenüberstehen.

Genauerer Hinsehen statt vorschnelle Verallgemeinerungen

Um sich der Frage des Selbstbildes einer Stadt wirklich zu nähern, brauchte man eine intensive Befassung mit den verschiedenen Milieus der Stadt und ihren Denkhaltungen, mit der Geschichte der Stadt, auch ihrer Mentalitätsgeschichte und nicht zuletzt auch mit den Diskursen in Politik und Stadtgesellschaft. Dabei wird man wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, dass es das eine Selbstbild nicht gibt, sondern eher eine Vielzahl von Perspektiven, die in ihrem Verhältnis zueinander, ihrer wahrnehmungs- und diskursprägenden Kraft einem ständigen Wandel unterworfen sind, je nach dem für welche Sichtweise in der jeweiligen Situation am meisten Plausibilität mobilisiert werden kann.

Schließlich dürfte es auch eine Verbindung zwischen den Sichtweisen der Bürger auf ihre Stadt zu übergeordneten ideologischen Trends geben. Die Verwaltungsreforminitiative der neunziger Jahre war getragen von dem in dieser Zeit vorherrschenden Trend einer kritischen Hinterfragung der Staatstätigkeiten auf allen Ebenen, in bestimmten Aspekten sicher auch von der Idee des „Third Way“ von gesellschaftlicher Modernisierung, wie sie von Anthony Giddens und Tony Blair vertreten wurde. Die neue Sicht auf gesellschaftliche Vielfalt als Chance und Bedrohung zugleich war und ist geprägt von den Zuwanderungswellen nach der EU-Erweiterung und der Flüchtlingskrise in den Jahren nach 2010.

Jenseits dieser übergeordneten Trends gibt es lokale Mentalitäten, die globale Entwicklungen auf der Basis der örtlichen Erfahrungen interpretieren. Es sind Deutungsmuster, mit denen Entwicklungen ausgelegt und angeeignet werden. Sie entscheiden auch darüber, wie Impulse von außen in einer Stadt anschlussfähig sind und in lokale Politikkonzepte umgesetzt werden. Interessant wäre herauszufinden, wie stark solche Lokalmentalitäten auf die Entwicklung einer Stadtgesellschaft wirken, was sie im Hinblick auf die Stabilisierung einer städtischen Identität in der Bürgerschaft leisten und was sie leisten, um lokale und globale Entwicklung sinnstiftend in kollektive Deutungsmuster zu übersetzen. Für Offenbach zumindest steht man in dieser Beziehung nicht am Ende, sondern eher am Anfang einer entsprechenden Diskussion.

Zum Autor:

Dr. Matthias Schulze-Böing ist Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach am Main sowie Geschäftsführer von MainArbeit – Kommunales Jobcenter Offenbach.

Der Umgang mit Innovationen in griechischen Städten

Von Nikos Hlepas

In Griechenland scheinen auf den ersten Blick die externen Bedingungen nicht besonders günstig für kommunale Innovationen zu sein: Griechenland ist ein zentralistisches Land, in dem die Kommunen über keine Planungs-, Satzungs- und Steuerhoheit verfügen. Ferner mangelt es den Kommunen an Finanzmitteln und ihr Anteil an den öffentlichen Ausgaben ist niedrig (Gemeindeausgaben 3,5% des BIP; 7,1% der öffentlichen Ausgaben: 945\$ pro Kopf in 2016; 12.350\$ pro Kopf für die Zentralregierung und die Sozialversicherungen). Die eigenen Einnahmen der Gemeinden bleiben niedriger als 30% der Gesamteinnahmen.

Die Kommunalverfassung war bis vor kurzem (erst in 2019 geändert) durch die Machtkonzentration in den Händen des Bürgermeisters geprägt, dessen Parteiliste automatisch über eine Drei-Fünftel-Mehrheit im Gemeinderat verfügte. Klientelismus und Parteipolitisierung haben die Effizienz der Kommunalverwaltungen beeinträchtigt und ein Verhältnis zu lokalen Zivilgesellschaft geschaffen, das durch gegenseitiges Misstrauen belastet war. Die Krise hat aber eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft zur Folge gehabt. Zudem hat diese Krise nicht nur die nationale Parteilandschaft auf den Kopf gestellt, sondern auch die lokalen Machtstrukturen durchgeschüttelt. Die Gemeinden standen in der Krise unter Druck an zwei Fronten: Zum einen waren sie Adressaten einer beispiellos harten Austeritätspolitik (Verminderung der staatlichen Zuweisungen um 60%, Einstellungsstopp, Finanzkontrollen). Zum anderen waren die Gemeinden mit den Folgen der schwersten sozialen Krise (Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, Wohnungsräumungen, Massenzuwanderung von Flüchtlingen/Immigranten) seit dem zweiten Weltkrieg konfrontiert.

Die Krise hat verschiedene Innovationen motiviert, insbesondere in den zwei Großstädten Athen und Thessaloniki, wo kosmopolitisch orientierte Mehrparteienkoalitionen an die Macht kamen und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und privaten Akteuren (Stiftungen, Unternehmen) beachtliche Innovationen und Ergebnisse vorweisen kann (Kooperation als Ressource). Die Orientierung auf die Leistungen anderer scheint dort ausgeprägter zu sein, auch weil ein beachtlicher Teil der Eliten eine 'internationale Biographie' hat. Während anscheinend in Athen mit Kontinuität auch nach der Krise zu rechnen ist, sind die ersten Zeichen aus der neuen Führung von Thessaloniki eher besorgniserregend und scheinen auf eine 'Rückkehr zur Normalität' vor der Krise hinzuweisen.

Unter den kleineren Städten kann man von dem Sonderfall 'Elefsina' sprechen. Wegen der industriellen Vergangenheit der Stadt scheint ihre Offenheit gegenüber Innovationen beachtlich zu sein. In den Städten Kalamata und Chania sind die meisten Innovationen auf Initiativen visionärer Bürgermeister zurückzuführen. Kulturelle Innovationen sind ausgeprägter in Kalamata, während in Chania die lokale Wirtschaft eine vergleichsweise wichtigere Rolle bei Innovationen spielt. In den drei kleineren Städten sind viele Innovationen auf finanzielle Anreize durch EU-Initiativen und Programme zurückzuführen, während in Athen und Thessaloniki die lokale Zivilgesellschaft, die private Wirtschaft und private Stiftungen weitaus wichtiger waren.

Insgesamt hat die Krise zur Folge gehabt, dass große Pläne und Ambitionen aufgegeben oder auf Eis gelegt wurden. Stattdessen hat sich die lokale Politik auf die dringende Bedürfnisse der Menschen und der Stadtgesellschaft konzentriert. Lokale Politiker mussten in kleineren Dimensionen denken, planen und handeln, sich für neue Ideen öffnen, zuvor übersehene Potenziale nutzen und ehemals ignorierte oder marginalisierte Gruppen und Akteure einbeziehen.

Schon Plato hatte betont, dass „Notwendigkeit die Mutter der Erfindung ist“, was sich offensichtlich heutzutage in mehreren Städten bewahrheitet hat.

Zum Autor:

Prof. Nikos Hlepas lehrt am Department of Political Science and Public Administration der University of Athens, Griechenland. Sein Arbeitsschwerpunkt ist Regional Administration and Local Government.